



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 5. Sitzung des Ortsbeirates Altstadt (OBR Alt/005/2015)**

**am Dienstag, 24. März 2015,**

**17:30 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 1, 1. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:**

17:30 Uhr

**Ende der Sitzung:**

20:50 Uhr

**Anwesend:**Vorsitzender

André Barth

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Frank Bauer

Mitglied Liste CDU

Peter Findeisen

Lutz Hoffmann

Mitglied Liste DIE LINKE

Christopher Colditz

bis ca. 20:10 Uhr anwesend

Marco Dziallas

Rica Gottwald

Beate Koltermann

Rainer Pietrusky

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Krause

Andrea Schubert

Mitglied Liste SPD

Dr. Jutta Petzold-Herrmann

Hannelore Rollow

Hendrik Stalman-Fischer

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Richard Helth

Mitglied Liste FDP

Marko Beger

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Norbert Rost

Stellvertretende Mitglieder

Thomas Krohn

Vertretung für Herrn Florian Andreas Vogelmaier

Schriftführer/-in

Mandy Pretzsch

**Abwesend:**Mitglied Liste CDU

Martin Adam

Thomas Fehlisch

Norbert Waldhelm

Mitglied Liste PIRATEN

Florian Andreas Vogelmaier

**Verwaltung:**

Herr Mann

Stadtplanungsamt

**Gäste:**

Herr Wolf

Dresdner Verein für soziale Integration von Ausländern und Aussiedlern e. V.

Herr Dr. Naumann

sgp architekten + stadtplaner bda

Herr Malcomeß

AfD-Fraktion

**T A G E S O R D N U N G****Öffentlich**

- 1 Vorstellung des Gemeindedolmetscherdienstes
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 672, Dresden-Friedrichstadt, Stadtteilzentrum Friedrichstraße/Weißeritzstraße **V0082/14 beratend**  
hier:
  1. Änderung des Geltungsbereiches
  2. Billigung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
  3. Billigung der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf
  4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf
- 2.2 Stellplatzkonzept für Mitarbeiter der Stadtverwaltung in zentrumsnahen Verwaltungseinheiten **A0029/15 beratend**
- 3 Kontrolle der Niederschrift zur 4. Ortsbeiratssitzung am 25.02.2015
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen
- 4.1 Aktuelle Informationen zum Thema Asyl
- 4.2 Sonstiges

**öffentlich****Einleitung:**

Herr Barth, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder des Ortsbeirates Altstadt sowie die anwesenden Gäste. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 19 Ortsbeiräten sind 16 anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Beger und Herr Pietrusky vorgeschlagen.

**1 Vorstellung des Gemeindedolmetscherdienstes**

Der Vorsitzende berichtet, der Gemeindedolmetscherdienst habe sich bereits im Jahr 2012 im Ortsbeirat Altstadt vorgestellt. Er verweist auf die damalige Aussage, dass eine bessere Öffentlichkeitsarbeit wünschenswert sei, um diese wichtige Aufgabe bekannter zu machen. Mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen habe die Tätigkeit des Gemeindedolmetscherdienstes nun enorm an Bedeutung gewonnen.

Herr Wolf, Projektleiter, stellt den Verein für soziale Integration von Ausländern und Aussiedlern in Dresden vor, bei dem der Gemeindedolmetscherdienst angesiedelt sei. Der Verein leiste seit 1991 haupt- und ehrenamtliche Beratungs- und Betreuungsarbeit für Migranten/-innen. Mittels einer Studie wurde deutlich, dass im Umgang mit Behörden, beim Arzt oder im Alltag auf sprachlicher aber auch auf kultureller Ebene häufig Verständnisprobleme auftauchen. Auf Grundlage des Integrationskonzeptes der Stadt Dresden sei im Jahr 2007 der Gemeindedolmetscherdienst geschaffen worden. Gemeindedolmetscher seien qualifizierte Muttersprachler/-innen mit der Fähigkeit, als Sprach- und Kulturmittler zu wirken. Als Brücke zwischen den Kulturen tragen sie zur Verständigung bei und leisten effektive Hilfe. Sie dolmetschen vorwiegend in den Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens. Zurzeit seien ca. 50 Gemeindedolmetscher in 25 Sprachen bzw. Kulturräumen tätig. Dies erfolge vorrangig auf ehrenamtlicher Basis gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung. Voraussetzung für die Arbeit als Gemeindedolmetscher sei eine Grundqualifizierung sowie die Teilnahme an regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen. Die Zahl der Einsätze sei enorm gestiegen. Waren es im Jahr 2007 noch 62 Einsätze, wurden im vergangenen Jahr 1972 Einsätze verzeichnet.

Die Ortsbeiräte danken für die Vorstellung. Nachgefragt wird zur Höhe der Aufwandsentschädigung. Herr Wolf informiert, für Einsätze bis zu 2 Stunden werden ca. 18 € fällig.

## **2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**

### **2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 672, Dresden-Friedrichstadt, Stadtteilzentrum Friedrichstraße/ Weißeritzstraße**

**V0082/14  
beratend**

hier:

- 1. Änderung des Geltungsbereiches**
- 2. Billigung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan**
- 3. Billigung der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf**
- 4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf**

Der Vorsitzende informiert zunächst zum bisherigen Verfahrensablauf. Nach Aufstellungsbeschluss im Jahr 2010 sei der Entwurf 2011 im Ortsbeirat und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau vorgestellt worden. Aufgrund der damals kontrovers geführten Debatte sei im November 2011 ein Runder Tisch mit dem Ziel eines Kompromisses aller Beteiligten durchgeführt worden. Wesentliche Kritikpunkte waren insbesondere, das Vorhaben sei insgesamt zu groß, es enthalte zu viel Verkaufsfläche und zu viele Parkflächen. Hinzu kam die Verringerung des Baumbestandes und der Wunsch nach einer verbesserten Architektur.

Nach dem Scheitern des damaligen Investors wurde das Verfahren nun durch einen neuen Vorhabenträger fortgeführt. In einem 2. Runden Tisch im Oktober 2013 wurden die wesentlichen Änderungen vorgestellt. In diesem Entwurf wurde auf alle Forderungen eingegangen.

Sofern die Vorlage heute die Zustimmung des Ortsbeirates erhalte, würde in nächster Stufe ein erneutes Beteiligungsverfahren in der Öffentlichkeit stattfinden. Auch eine Bürgerversammlung könnte durchgeführt werden. Um eine geordnete Diskussion zu führen, schlägt der Vorsitzende vor, dass nach Vorstellung durch das Stadtplanungsamt bzw. den Architekten pro Fraktion ein Vertreter sich zum Vorhaben äußern kann. Danach sollen die Gäste aus dem Publikum angehört werden und abschließend die Ortsbeiräte diskutieren.

Herr Mann, Stadtplanungsamt, knüpft an die Ausführungen des Vorsitzenden an. Neuer Vorhabenträger sei jetzt die BauWi Objekt Dresden EKZ GmbH & Co. KG. Ziel und Zweck des Bebauungsplanes sei es, an der Ecke Weißeritzstraße/Friedrichstraße durch die Gestaltung eines zeitgemäßen Gebäudes für Einkaufseinrichtungen, Dienstleistungen, Wohnen und Parken den Eingang in die Friedrichstadt funktional aufzuwerten. Das Vorhaben sei Bestandteil des Wohnnahen Zentrums Weißeritzstraße und übernehme gemäß den Funktions- und Ausstattungskriterien des Zentrenkonzeptes der Landeshauptstadt Dresden vor allem die Grund- und Nahversorgungsfunktion für Waren des täglichen Bedarfes in der Friedrichstadt.

Herr Mann geht dabei auch auf die wesentlichen Änderungen ein:

- Reduzierung der Verkaufsfläche von 4650 qm auf ca. 2913 qm,
- Reduzierung der Baufläche im Hof,
- Einordnung von Wohn- und Gewerbenutzung an Friedrich- und Weißeritzstr. ca. 1524 qm,
- Reduzierung der Stellplatzzahl von bisher 244 auf neu 130,
- Erhalt des Gebäudes Weißeritzstraße 26 / Reduzierung des Geltungsbereiches,
- Überarbeitung der Fassadengestaltung,
- neue Zufahrts- und Anliefersituation
  - o wesentlich kürzere und direktere Wege, im Quartierinneren nur Fahrbewegung durch Wenden der Lieferfahrzeuge,
  - o Durchfahrten durch Gebäude nördlich der Bestandshäuser Weißeritzstraße; damit keine dauerhafte Baulücke an Weißeritzstraße als Lärmquelle für Quartierinnenbereich,
- Abstimmung der Entwicklung mit Nachbarbereichen westlich und südlich des Vorhabengrundstückes, perspektivische Möglichkeit einer Fußwegeverbindung durch das Quartier.

Die Pläne wurden bereits Anfang März 2015 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau in erster Lesung vorgestellt. Herr Dr. Naumann, Architekt, betont, die Vorlage sei seitdem weiter modifiziert worden. So werde am Eckbereich Weißeritzstraße/Friedrichstraße ein kleiner Vorplatz mit zwei großen Bäumen entstehen. Für einen lebendigen Eingangsbereich seien an dieser Stelle ein Café, ein Bäcker sowie ein Fleischer vorgesehen. Als Vollversorger werde mit REWE verhandelt. Auch am Eingangsbereich der Friedrichstraße soll das Thema Grün durch die Pflanzung von Bäumen aufgegriffen werden. Nach Bilanzierung der notwendigen Baumfällungen und der anrechenbaren Neupflanzungen bzw. der festgesetzten Dachbegrünung werde dennoch ein Defizit festgestellt. Die Ausgleichspflanzungen sollen aus diesem Grund entlang der benachbarten Schäferstraße erfolgen.

Frau Krause spricht für Bündnis 90/Die Grünen und für die Bürgerinitiative Friedrichstadt. Sie verweist auf den derzeitigen Zustand der Fläche, welche durch die Stadt Dresden kaum gepflegt würde. Aus diesem Grund sei sie am vergangenen Wochenende im Rahmen der Aktionswoche „Sauber ist schöner“ gemeinsam mit Anwohnern gereinigt worden. Anhand von Fotos zeigt sie den großen Baumbestand und fordert den dauerhaften Erhalt des Grüns. Die Bürgerinitiative habe in den letzten Wochen fast 1600 Unterschriften von Personen gesammelt, welche sich gegen die geplante Bebauung aussprechen. Insbesondere fordern sie einen nennenswerten Grünerhalt und damit eine geringere Überbauung der Fläche. Es wird moniert, in diesem Verfahrensstand gäbe es kaum noch Spielraum für Änderungen. Aus diesem Grund werde gefordert, die Vorlage abzulehnen und die Planungen für diese Fläche nochmal bei Null zu beginnen.

Frau Krause kritisiert des Weiteren, dass von bisher 41 nur noch 32 Wohnungen geplant seien. Anhand historischer Karten sei ersichtlich, dass früher an dieser Stelle 12 Häuser standen. Nun soll ein einziges großes Gebäude entstehen.

In einer eigens organisierten Bürgerversammlung am gestrigen Tag waren rund 70 Interessierte anwesend. Auch Podiumsgast Herr Prof. Kulka, Architekt, habe sich gegen das Projekt ausgesprochen. Dabei gehe es nicht generell gegen eine Bebauung. Er habe sich vielmehr eine kleinteiligere Bebauung gewünscht, welche an Bauherrengemeinschaften gerichtet seien. Frau Krause schlägt zum Schluss Alternativstandorte für die Einordnung von Nahversorgungseinrichtungen vor, z. B. hinter dem Koreanischen Platz oder an der Seminarstraße.

Herr Pietrusky äußert sich für DIE LINKE. Auch er sei zur Bürgerversammlung anwesend gewesen. Aus seiner Sicht gäbe es kein Interesse seitens der Anwohner für ein Einkaufszentrum an dieser Stelle. Er spricht sich ebenso für den Erhalt des Grüns und die Einordnung eines grünen Hofbereiches aus. Dabei könnte auch ein Spielplatz integriert werden.

Insbesondere soll kein großer Markt sondern viele kleine Geschäfte entstehen. Begrüßenswert sei, dass dem Bedarf an Wohnungen Rechnung getragen wird. Jedoch sollen diese vorrangig für Familien mit Kindern geeignet sein. Das Pkw-Parkdeck sei entbehrlich. In unmittelbarer Nähe befinde sich das Parkhaus Mitte, welches meist nicht ausgelastet sei. Gegebenenfalls könnten entsprechende Vereinbarungen mit dem Parkhausbetreiber getroffen werden. Mit den vorgestellten Änderungen werde das Grundproblem der massiven Überbauung nicht gelöst. Er werde aus den genannten Gründen ebenfalls gegen das Projekt stimmen.

Herr Rost, Vertreter vom Bündnis Freie Bürger, ist in seiner Meinung noch unsicher. Er betont den positiven Entwicklungsprozess, in dem die Kritikpunkte von Bürgern und Ortsbeiräten aufgenommen worden sind. Bedenken habe er jedoch generell zur Notwendigkeit von Einzelhandels-einrichtungen. Konkret interessiert ihn, wie sich die Eigentumsverhältnisse der einzelnen Flächen darstellen.

Herr Beger, FDP, spricht sich ausdrücklich für das Vorhaben aus. Er sei selbst Friedrichstädter und könne den Bedarf eines Nahversorgers bestätigen. Wichtig sei nun, das Verfahren in die nächste Stufe der Bürgerbeteiligung zu bringen. Er betont, der Verlust der Bäume werde durch neue Bäume wieder ausgeglichen. Hinzu komme, dass im weiteren Umfeld noch ausreichend Grün vorhanden sei. Nach Rücksprache mit dem Leiter der Seniorenwohnanlage an der Magdeburger Straße sei deutlich geworden, wie groß der Wunsch seitens der Bewohner nach einer Einkaufsmöglichkeit im näheren Umfeld sei. In der letzten Woche seien dort rund 300 Unterschriften von Bewohnern, Angehörigen bzw. Beschäftigten für das Projekt gesammelt worden. Herr Beger übergibt diese Unterschriftenlisten und bittet, dies bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Herr Stalman-Fischer spricht für die SPD. Er verweist auf den enormen Bevölkerungszuwachs in der Friedrichstadt. Dieser Entwicklung müsse mit einer guten Nahversorgung Rechnung getragen werden. Die SPD-Vertreter werden deshalb für das Projekt stimmen, um in nächster Phase die Bürgerbeteiligung durchzuführen. Hinzu komme die Tatsache, dass für die private Fläche derzeit Baurecht nach § 34 BauGB bestehe. Um so wichtiger sei, dass mittels eines Bebauungsplanes Einfluss auf die Entwicklung dieser Fläche genommen werde.

Herr Hoffmann, Vertreter der CDU, ist ebenso noch unsicher in seiner Entscheidung. Er verweist auf den derzeitigen Zustand der Fläche. Dabei handle es sich nicht um die schönste Grünfläche und werde auch entsprechend wenig genutzt. Nicht zu ignorieren sei die bisher erfolgte umfangreiche Bürgerbeteiligung. Daraus resultierend habe der Vorhabenträger bereits viele Änderungen eingearbeitet. Abschließend berichtet Herr Hoffmann, er habe ebenfalls Gespräche mit Mitarbeitern der Seniorenwohnanlage geführt, welche den Bedarf bestätigt hätten.

Den anwesenden Gästen wird seitens der Ortsbeiräte Rederecht eingeräumt.

Herr Heinig, Bewohner der Seniorenwohnanlage, verweist auf das Vorhandensein von mehreren Seniorenwohnanlagen in der Friedrichstadt. Entsprechend groß sei der Bedarf für eine fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeit. Dies sei insbesondere für ältere Menschen sehr wichtig und stelle eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität dar. Die betreffende Grünfläche werde derzeit wenig genutzt, allenfalls als Durchwegung zum Bahnhof Mitte. Er verweist auf weitere im näheren Umfeld vorhandenen Grünflächen und Parkanlagen, welche der Erholung dienen.

Herr Bufe, Mitglied der Bürgerinitiative Friedrichstadt, missfällt die Zahlenspielerei zur Unterschriftenaktion der Befürworter. Man könne nicht davon ausgehen, dass in den Folgewochen gleich viele Unterschriften gesammelt werden können. Erfahrungsgemäß gehen die Zahlen dann nach unten.

Herr Dr. Thiele ist Bauherr des derzeit entstehenden Nachbargrundstückes. Er macht darauf aufmerksam, dass in nächster Zeit allein durch sein Bauvorhaben rund 150 Wohnungen u. a. für Familien entstehen werden. Aus seiner Sicht sei eine Ergänzung der Blockrandbebauung an der Friedrichstraße/Weißeritzstraße aber auch an der Ecke Seminarstraße notwendig. Er halte nichts davon, das gesamte Projekt wieder bei Null anzufangen. Ziel müsse vielmehr eine sinnvolle Nutzung sein. Da im Erdgeschoss keine Wohnnutzung möglich sei, könne dort nur Einzelhandel eingeordnet werden. Den kleinen Platz an der Ecke Weißeritzstraße/Friedrichstraße halte er für gelungen. Er betont des Weiteren, dass ohne einen Ankermieter kein kleinteiliger Einzelhandel funktionieren würde. Die Ansicht von Herrn Prof. Kulka könne er zwar teilen, sei aber hier nicht leistbar. Entsprechend würden die Mieten ausfallen.

Herr Mann geht kurz auf die Argumente ein. Hinsichtlich des Maßes der Bebauung verweist er auf einen wesentlich kleineren Geltungsbereich und die damit neu geschaffene Zufahrtssituation. Eine weitere Reduzierung der Pkw-Stellplätze sei nach SächsBO nicht möglich. Die Auslastung im Parkhaus Mitte sei je nach Veranstaltungslage im Umfeld sehr unterschiedlich und darüber hin-

aus sei eine Nutzung durch Einkäufer des Einkaufszentrum fraglich. Anhand des Kartenmaterials zeigt Herr Mann die Anteile städtischen bzw. privaten Eigentums. Die auf den städtischen Grundstücken im Randbereich der Weißeritz-/Friedrichstraße gepflanzten Birken waren nur als Zwischennutzung vorgesehen und sollten jetzt nicht als Hindernis für eine mögliche Bebauung gesehen werden. Der Standort für ein Einkaufszentrum im Bahnhof Mitte sei keine wirkliche Alternative. Einzelhandelsgeschäfte können dort nicht ohne Weiteres untergebracht werden. Die Anregung zu größeren Wohnungen könne durchaus diskutiert und dem Bedarf angepasst werden. Die mit der Vorlage verbundene Bürgerbeteiligung soll deshalb auch durchgeführt werden. Dabei sei wünschenswert, nicht nur die Argumente der Gegner sondern auch die der Befürworter zu hören.

Der Vorsitzende betont, die Belange der Bürgerinitiative nach Erhalt der Grünfläche sei verständlich. Im Hinblick auf die Klimaerwärmung sei dieses Thema auch ein sehr bedeutender Aspekt. Andererseits müssen jedoch auch zukunftsfähige Entscheidungen getroffen werden. Die Friedrichstadt sei der Stadtteil in Dresden, der in den nächsten Jahren den stärksten Bevölkerungszuwachs erfahren wird. Wichtige Grundlage sei u. a. das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“. Dazu gehöre eine angemessene Nahversorgung für alle Bevölkerungsschichten. In diesem Zusammenhang sei deshalb wichtig, dass der Verlust des Grüns durch entsprechende Ersatzpflanzungen in der Friedrichstadt ausgeglichen werde.

#### Schwerpunkte der anschließenden Diskussion:

Das Vorhaben wird seitens der Ortsbeiräte weiter kontrovers diskutiert und die bereits genannten Argumente werden z. T. wiederholt, welche im Folgenden nicht noch einmal aufgeführt werden.

Frau Rollow regt an, neben dem Einzelhandel sollten kleine Dienstleistungsfirmen einziehen, z. B. eine Reinigung. Die Größe der Wohnungen müsse dem Bedarf angepasst werden. Nach Aussage von Herrn Dr. Naumann werde derzeit ein Bedarf an Studentenwohnungen festgestellt. Familien mit Kindern würden nicht in Wohnungen dieser Lage einziehen. Es wird auch betont, dass ein Investor dies nicht umsetzen würde, sofern es sich finanziell nicht rechne. Der Vorschlag, Car-Sharing einzuordnen, werde begrüßt, könne jedoch nicht mittels eines Bebauungsplanes festgesetzt werden. Gleiches gilt für Ladestationen für Elektroautos.

Frau Krause bezieht sich nochmals auf die Alternative im Bahnhof Mitte. Die Deutsche Bahn AG würde nach ihrer Aussage 1200 qm Einzelhandelsfläche aufgeteilt in vier Flächen für Café, Souvenirgeschäft etc. schaffen. Darüber hinaus stünden noch weitere Flächen zur Verfügung. Seitens der Politik müsse weiter Druck auf die Deutsche Bahn AG ausgeübt werden. Des Weiteren verweist sie auf das Forschungsprojekt Regklam mit dem Ergebnis, dass der Friedrichstadt eine Überhitzung drohe, wenn solche Grünflächen bebaut würden. Abschließend argumentiert Frau Krause, dass mit Errichtung dieses Einkaufszentrums der kleinteilige Einzelhandel zerstört werde. Diese Befürchtung sei nach Ansicht von Herrn Hoffmann jedoch ein „Totschlagargument“, da es in diesem Gebiet kaum bestehenden Handel gäbe.

Die anwesenden Gäste erhalten erneut Rederecht.

Herr Dr. Thiele fragt im Zusammenhang mit den geplanten Zufahrten an, wie Anlieferungen bzw. die Müllabfuhr konkret geregelt seien. Herr Dr. Naumann verweist zunächst auf das verkehrstechnische Gutachten. Er erklärt, die Zu- und Ausfahrt für die Anlieferung und die Müllentsorgung erfolge im Bereich der Weißeritzstraße.

Frau Heinig betont, sie habe sich bewusst für die Seniorenwohnanlage entschieden. Es handle sich dabei um ein Betreutes Wohnen, bei der die eigene Versorgung noch möglich sei. Die Einrichtung befinde sich in einer zentrumsnahen Lage. Sie fühle sich in der Friedrichstadt sehr wohl. Einzig eine Einkaufsmöglichkeit fehle.

Herr Riedel, IG Historische Friedrichstadt, erläutert die historische Situation an dieser Stelle. Eine Vervollständigung der Blockrandbebauung sei wichtig. Erfreulich seien die wesentlichen Verbesserungen zum ersten Entwurf. Zur Fassadengestaltung wünscht er sich eine angemessene farbliche Gestaltung und ggf. eine Farbabstufung vorzunehmen.

Herr Helth positioniert sich für das Vorhaben. Der Bedarf nach einer Einkaufsmöglichkeit sei vorhanden. Nach seiner Ansicht sei auch die Gestaltung gelungen.

Herr Stalman-Fischer berichtet ebenfalls von einer Anfrage an die Deutsche Bahn AG. Nach deren Aussage seien zwischen 200 bis max. 550 qm als zusammenhängende Fläche pro Geschäft verfügbar. Auch die Variante an der Seminarstraße sei nicht realisierbar. Nach Gesprächen mit dem Investor gäbe es eigene Pläne für diese Fläche.

Herr Dziallas verweist auf die vielen leerstehenden Geschäfte in der Friedrichstadt bzw. der Wilsdruffer Vorstadt. Ein großer Einkaufsmarkt biete keine Vielfalt und spreche nicht für eine gute Qualität des Angebotes. Im Sinne der von Herrn Prof. Kulka angesprochenen Kleinteiligkeit sollte die Stadt ihre Grundstücke preiswert an Bauherrengemeinschaften anbieten. Damit könne u. a. auch bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Nach Aussage von Frau Krause könnten sicher auch andere Möglichkeiten für die Senioren geschaffen werden. Des Weiteren verweist sie auf Unstimmigkeiten zwischen der visuellen Darstellung und den vorgelegten Grundrissen.

Frau Dr. Petzold-Herrmann merkt abschließend an, dass auch dargelegt werden müsse, nach welchen Gesichtspunkten die Bürgerinitiative 1600 Unterschriften gesammelt habe. Insofern müssten diese auch unterschiedlich bewertet werden. Es spiele eine große Rolle, ob es sich um Anwohner, Beschäftigte oder einfach nur um Gegner handelt.

Herr Stalman-Fischer stellt den Ergänzungsantrag, den Beschlussvorschlag um einen Punkt 7 zu ergänzen. Grundlage für die öffentliche Auslegung sollten die aktuellen Pläne sein. Andernfalls führe dies zu Unstimmigkeiten. Frau Krause ergänzt, gleiches gelte auch für die Berechnungen in der Vorlage. Herr Mann erklärt, auch die Vorlage müsse noch dahingehend angepasst werden. Für die morgige Ausschusssitzung sei dies aber nicht mehr möglich.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen. Es sind 16 Ortsbeiräte anwesend.

### **Beschlussvorschlag:**

- 7. Es ist die überarbeitete Version, die im Ortsbeirat Altstadt am 24.03.2015 vorgestellt wurde, für die Auslegung zu verwenden.**

Abstimmung Ergänzungsantrag: Ja 12 Nein 0 Enthaltung 4

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

### **Beschlussempfehlung V0082/14 OBR Alt 24.03.2015:**

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt der Vorlage in der geänderten Fassung mehrheitlich zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 8 Nein 6 Enthaltung 2

## **2.2 Stellplatzkonzept für Mitarbeiter der Stadtverwaltung in zentrumsnahen Verwaltungseinheiten**

**A0029/15  
beratend**

Herr Colditz verlässt den Sitzungsraum. Es sind nur noch 15 Ortsbeiräte anwesend.

Herr Malcomeß, AfD-Fraktion, stellt den Antrag vor. Anliegen sei es, für die Beschäftigten der Stadtverwaltung in den zentrumsnahen Verwaltungseinheiten ein Stellplatzkonzept zu erarbeiten. Im Unterschied zu den Mitarbeiter/-innen, welche mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren, gäbe es für die auf den Pkw angewiesenen Beschäftigten derzeit keine Regelung. Dies gehöre jedoch zur Aufgabe eines jeden Arbeitgebers, sich auch um solche Sachen zu kümmern. Aus diesem Grund soll die Stadt Dresden mit den umliegenden Betreibern von Tiefgaragen bzw. Parkhäusern entsprechende Gespräche aufnehmen. Nach eigener Schätzung könnte sich das



Angebot an rund 700 - 800 Mitarbeiter/-innen richten. Dabei gehe es jedoch nicht darum, dies kostenfrei zu gestalten sondern aufgrund der hohen Nutzerzahl entsprechende Vergünstigungen bzw. einen vergleichbaren Zuschuss wie beim Jobticket zu erwirken.

Der Vorsitzende berichtet aus Sicht des Geschäftsbereiches Finanzen und Liegenschaften, wonach der Antrag abzulehnen sei. Begründet werde dies insbesondere damit, dass die Stadt Dresden sich zur Vermeidung einer Umweltzone für die Umsetzung des Luftreinhalteplanes entschieden habe. Dies beinhalte ein Bündel an zielgerichteten Maßnahmen, welche das Mobilitätsverhalten und die Verkehrsmittelwahl mit Blick auf die Luftreinhaltung nachhaltig positiv beeinflussen sollen. Dazu gehöre u. a. auch den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Der Antrag widerspreche demzufolge den Zielsetzungen des Luftreinhalteplanes der Landeshauptstadt Dresden.

Das bestehende Parkkartensystem für Stadträte sei in § 2 Abs. 1 der Entschädigungssatzung geregelt. Für eine Änderung müsste der Stadtrat eine Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung erlassen. Derzeit hätten 30 der 70 Ratsmitglieder eine Stadtkarte, welche mit 80 Euro aufgeladen sei. Diese sei an bestimmten Parkautomaten einsetz- und wiederaufladbar.

#### Schwerpunkte der Diskussion:

Die AfD wird gebeten, die Anträge zukünftig mit einer schriftlichen Begründung zu versehen. Seitens der Ortsbeiräte wird der Antrag kritisch betrachtet. Im Vordergrund solle die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und nicht des Pkw-Verkehrs stehen. Dies stelle eine Ungleichbehandlung vor allem der übrigen Beschäftigten - auch anderer Arbeitgeber in der Innenstadt - dar. Ferner würden Anwohner, welche in Bereichen mit Bewohnerparkzonen leben, dadurch wiederum benachteiligt. Fraglich sei des Weiteren, ob die Kapazitäten in den Tiefgaragen bzw. Parkhäusern ausreichen würden.

Herr Rost stellt folgenden Änderungsantrag.

#### Beschlussvorschlag:

2. Dabei ist insbesondere die Lösung zu prüfen, dass die Stadtverwaltung in einer oder mehrerer der im Zentrum gelegenen Tiefgaragen Stellplätze in ausreichender Zahl und - bedingt durch den Mengeneffekt - so günstig wie möglich anmietet. Diese Stellplätze sollen den städtischen Mitarbeitern zur monatlich abrechenbaren Nutzung angeboten werden, ~~wobei ein vergleichbarer Zuschuss wie beim Jobticket das Ziel sein soll.~~

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Es sind 15 Ortsbeiräte anwesend.  
Abstimmung Änderungsantrag: Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über den Fraktionsantrag in der geänderten Fassung abstimmen.

#### Beschlussempfehlung A0029/15 OBR Alt 24.03.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt lehnt den Antrag in der geänderten Fassung mehrheitlich ab.

#### Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 1 Nein 13 Enthaltung 1

### **3 Kontrolle der Niederschrift zur 4. Ortsbeiratssitzung am 25.02.2015**

Die Niederschrift der 4. Ortsbeiratssitzung am 25.02.2015 wurde von Frau Gottwald und Herrn Findeisen unterzeichnet. Einwendungen gibt es keine.

## 4 Informationen, Hinweise und Anfragen

### 4.1 Aktuelle Informationen zum Thema Asyl

Den Ortsbeiräten liegen die aktuellen Informationen vom Sozialamt zum Stand der Unterbringung von Asylbewerbern vor. Nach derzeitigem Stand werden weitere Zuweisungen (98 Personen) von Asylsuchenden seitens der Landesdirektion am 25.03. und 30.03.2015 erfolgen. Die Aufgabe der „Sozialraumkoordination Asyl“ werde für den Ortsamtsbereich Altstadt der Ausländerrat Dresden mit der Regionalverantwortlichen, Frau Hanig, wahrnehmen. Die neue Struktur sei nun etabliert. Der Vorsitzende informiert über die zweite Informationsveranstaltung des Altstädter Dialogs, welche am 12.03.2015 in der Friedrichstadt durchgeführt worden sei. Anwesend waren ca. 35 Personen. Die Lenkungsgruppe werde voraussichtlich am 16. April 2015 wieder zusammenkommen. Er kündigt des Weiteren das Interkulturelle Straßenfest am 4. Juli 2015 am Bönischplatz an. Nähere Informationen erfolgen zu gegebener Zeit.

### 4.2 Sonstiges

Folgendes wird als Kopie ausgereicht:

- Antwort des Stadtplanungsamtes zum Lichtwerk Dresden-Mitte (Anfrage Herr Beger),
- Antwort des Geschäftsbereiches 6 zum Umbau des Kulturpalastes (Anfrage Herr Rost),
- Antwort des Geschäftsbereiches 6 zur Sanierung der Gerokstraße (Anfrage Herr Beger),
- zwei Informationen zur Erneuerung der Stadtbeleuchtung an der Wallotstraße sowie Roßthaler Straße,
- Handreichung „Das Stadtleben aktiv mitgestalten“
  - o Herr Rost bemerkt, dies sei eine gute Idee aber für Senioren schlecht lesbar.
- Anmeldebogen für die Interkulturellen Tage 2015,
- Pressemitteilung „3200 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für Oberbürgermeisterwahl gesucht“,
- Einladung des Internationale Gärten Dresden e. V. zum 1. Spatenstich am 28.03.2015.

Information zu Beschlüssen des Stadtrates:

- Satzungsbeschluss am 26.02.2015 zum B-Plan 54.3 Postplatz/Wallstraße,
- Beschluss am 19.03.2015 zur Benennung des Stadtplatzes Schäferstraße/Weißeritzstraße in „Koreanischer Platz“.

Informationen des Vorsitzenden:

- Als Teilnehmer für die Abschlusskonferenz des europäischen Projektes USER haben sich Frau Krause und Herr Hoffmann angemeldet. Sie werden gebeten, zur nächsten Sitzung darüber zu berichten.
- Nach rechtlicher Prüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde über die Verwendung der Haushaltsmittel für Präsente zu bestimmten Anlässen für die Ortschaftsräte sei festgestellt worden, dass diese Praxis im Widerspruch zu den geltenden Haushaltsgrundsätzen stehe. Dies schließe auch die Bewirtung während der Sitzungen ein und gelte auch gleichermaßen für Ortsbeiräte.
- Die April-Sitzung des Ortsbeirates Altstadt findet im Marie-Curie-Gymnasium statt.

Anfragen der Ortsbeiräte:

Frau Schubert möchte wissen, wann der Ortsbeirat über die jährliche Bilanz zu Baumfällungen/Baumpflanzungen informiert wird.

Des Weiteren interessiert Frau Schubert, was konkret in der Umweltauflage für den Eigentümer des ehem. Plattenwerkes Johannstadt formuliert sei.

- Zu beiden Anfragen wird bei den jeweiligen Fachämtern angefragt.

Herr Rost bezieht sich auf seine bereits eingereichte E-Mail zu Einordnung von Fahrradbügeln an der Silbermannstraße. Ihn interessiert:

- In welchem Beschluss ist definiert, dass Fahrradstellplätze nicht im Straßenraum hergestellt werden können?
- Welche Akteure oder Gremien von Stadtverwaltung oder Politik sind durch welche Werkzeuge in der Lage, diesen Beschluss zu verändern oder eine Ausnahme herzustellen?
- Welche alternativen Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, den Bedarf an zusätzlichen Fahrradstellplätzen an der Silbermannstraße zu stillen?

Der Vorsitzende informiert, es handle sich um den Beschluss über den Antrag A0527/12 „Einrichtung von Fahrradstellplätzen“. Er weist darauf hin, dass bei Einordnung von Fahrradbügeln keine Pkw-Stellplätze umgewidmet werden dürfen. Dieser Beschluss könne nur durch den Stadtrat aufgehoben bzw. geändert werden. Bereits im Jahr 2014 war eine Änderung Gegenstand einer Vorlage, welche jedoch im Gremienumlauf nicht fortgeschritten sei.

Der Vorsitzende schließt ca. 20:50 Uhr die Sitzung.

André Barth  
Vorsitzender

Mandy Pretzsch  
Schriftführerin

Marko Beger  
OBR-Mitglied

Rainer Pietrusky  
OBR-Mitglied